

LEBENSART

DAS MAGAZIN FÜR NACHHALTIGE LEBENSKULTUR

NOV 2010

was kommt nach der gier?

Menschen, die Österreich nachhaltig gestalten

stoff-wechsel

Wohntextilien zum Wohlfühlen

anders sein

Warum uns irritiert,
was wir nicht kennen

laufen, lernen, lieben, lachen

Alles, was uns jung hält

ENTWICKLUNGSLÄNDER

VERKAUFEN LAND



Der Hunger einiger reicher Staaten nach Nahrung und Energie ist grenzenlos: Um die eigenen Ressourcen zu erweitern, kaufen sie in Entwicklungsländern fruchtbares Ackerland. Allein im Vorjahr sind 45 Millionen Hektar landwirtschaftliche Fläche in Afrika, Asien und Lateinamerika an ausländische Investoren verkauft oder verpachtet worden, um Nahrungs- und Energiepflanzen für die Agrarspritproduktion anzubauen, so ein aktueller Bericht der Weltbank.

Nichtregierungsorganisationen – wie die britische Entwicklungshilfe-Organisation Oxfam – kritisieren diese Vorgangsweise und sprechen von „Neokolonialismus“. Teilweise komme es zu Übergriffen der Investoren auf Land, das ausdrücklich für die lokale Bevölkerung bestimmt ist, was die Ernährungssicherheit gefährdet. Darüber hinaus seien die bezahlten Preise keinesfalls fair.

Auch die Weltbank weist darauf hin, dass die Landverkäufe oft zu Verschlechterungen für die lokale Bevölkerung führen. Insgesamt sieht sie die globalen Landverkäufe jedoch positiv: Finanzinvestoren verfügen über ausreichend Kapital, schaffen Arbeitsplätze und bringen das nötige Know-how mit, um die Produktivität zu steigern. Sie weist jedoch darauf hin, dass die Verkäufe zu Verschlechterungen für die lokale Bevölkerung führen können und fordert einen Verhaltenskodex, der die lokalen Bauern schützen und die ökologische Nachhaltigkeit berücksichtigen soll.

ALLERGIE

DURCH OZON

Der hohe Ozongehalt der Bodenluft kann mitverantwortlich sein, dass die Allergieerkrankungen seit einigen Jahren rapide ansteigen. Ein Team der Medizinischen Universität Wien und des Austrian Institute of Technology ließ Roggenpflanzen unter erhöhter Ozonkonzentration heranreifen, mit dem Ergebnis, dass die Pollen einen höheren Protein- und Allergengehalt aufwiesen. Zwar bedeutet „mehr Allergen“ nicht unbedingt „mehr Allergien“, doch die Proteinextrakte der ozon-gestressten Pflanzen reagierten stärker mit den für die Entstehung von



Da (f)liegt was in der Luft.
Ozon kann zu mehr Allergenen in Gräserpollen führen.

Allergien relevanten Antikörpern und waren somit allergener, als die von unbelasteten Pflanzen.

Quelle: www.fwf.ac.at

ELEKTROMOBILE AUTOBAHN

FINNLAND PLANT

Finnland will die erste „elektromobile“ Autobahn der Welt realisieren. Ab 2016 soll sie die Hauptstadt Helsinki mit der unweit der russischen Grenze gelegenen Stadt Vaalimaa verbinden. Im Mittelpunkt des Projektes steht die Weiterentwicklung neuer Energieantriebsformen. Entlang der Strecke sind Tankstellen für Elektroautos geplant, Wind-

und Solaranlagen sollen den Strom für die Infrastruktur und die Elektroautos bereitstellen. Zudem sollen auch der Naturschutz und die Berücksichtigung lokaler Ressourcen beim Bau so weit wie möglich einfließen. Der Baubeginn ist im April 2011 geplant.

Quelle: EU Umweltbüro



ENNS

BENTAZON-WERTE SINKEN LANGSAM

Das Grundwasser hat ein Gedächtnis wie ein Elefant. Giftstoffe, die einmal im Grundwasser gelandet sind, sind nur langfristig und mit hohem Aufwand wieder herauszuholen. So auch im oberösterreichischen Enns, wo Anfang 2009 das Pflanzenschutzmittel Bentazon ins Grundwasser gelangt ist. Obwohl alle Maßnahmen ergriffen wurden und Bentazon verboten worden ist, sinkt die Konzentration nur schrittweise. Enns wird daher nach wie vor mit Linzer Trinkwasser versorgt. „Erst wenn alle Grenzwerte stabil unterschritten werden, wird wieder auf Eigenversorgung umgestellt“, so Umwelt-Landesrat Rudi Anschober. Und das kann Jahre dauern.

Die Ermittlungen über die konkrete Herkunft der Pflanzenschutzmittelrückstände führten im Sommer zur Verurteilung eines Verursachers: Ein Landwirt hatte die Chemikalien unsachgemäß ausgebracht.



ATOMPOLITIK DEUTSCHLAND

RÜCKSCHLAG FÜR ERNEUERBARE

Deutschland will die Laufzeiten für Atomkraftwerke um durchschnittlich zwölf Jahre verlängern. Das deutsche Beratergremium für Umweltfragen warnt vor der verlängerten Atomnutzung. Sie sei ein Investitionshindernis für den ebenfalls geplanten, massiven Ausbau der erneuerbaren Energien. Laut einem Gesetz aus 2002 sollten die ältesten Atomkraftwerke jetzt vom Netz genommen werden. Sie tragen in hohem Maße zum nuklearen Risiko bei, das sich durch den fortschreitenden Alterungsprozess weiter erhöhen wird. Noch immer unklar ist auch die Frage der Endlagerung des Atom Mülls. Bis

heute gibt es auf der ganzen Welt kein Endlager. Die abgebrannten Brennstäbe werden in oberirdischen Zwischenlagern geparkt. Laut Angaben des Bundesamtes für Strahlenschutz sollen allein in Deutschland bis 2040 21.600 Tonnen radioaktiver Abfall anfallen.



ÖKOLOGISCH SENSIBLE FLUSSABSCHNITTE

DÜRFEN NICHT MIT KRAFTWERKEN VERBAUT WERDEN



Kommentar von
Regina Hrbek
Naturfreunde Österreich

Am 31. August hat die Bundesregierung den Weg für eine Kapitalerhöhung der Verbund AG um 1 Milliarde Euro geebnet. Der Bund ist daran als Mehrheitseigentümer mit 510 Millionen Euro beteiligt. Als Grund dafür wurde genannt, dass der Ausbau der Wasserkraft notwendig sei. Dabei liegt der Ausbaugrad in manchen Bundesländern schon bei über 80 Prozent! Dieser Beschluss ist daher eine ziemlich heikle Sache. Keinesfalls darf die Kapitalerhöhung zu weiterer Umweltzerstörung führen. Sie muss an erster Stelle dafür verwendet werden, um bestehende Wasserkraftanlagen zu ökologisieren und ihre Effizienz zu steigern.

Naturnahe Fließgewässer haben eine große Bedeutung für die Artenvielfalt, aber auch für die Naherholung und den Tourismus. Daher treten die Naturfreunde für eine umsichtige und gemäßigte Energieerzeugung an den heimischen Flüssen ein. Neue Wasserkraftprojekte müssen unbedingt im Einklang mit dem Naturschutz und unter der Beteiligung der lokalen Bevölkerung erfolgen. Es muss ein absoluter Schutz von „Gewässern in sehr gutem Zustand“ vor jeglicher Verbauung, laut Klassifikation der Wasser Rahmenrichtlinie der EU, gewährleistet werden. Das Gleiche gilt für Baumaßnahmen in Nationalparks, Naturschutzgebieten und Natura 2000-Gebieten.

Des Weiteren muss ausgeschlossen sein, dass sich die Verbund Austrian-Hydro-Power AG (AHP) mit Kapital an Atomkraftkonzernen beteiligt. Die Naturfreunde fordern daher vom Verbund, einen Ökologiebeirat unter Beteiligung von NGOs zu installieren, um gemeinsam und demokratisch über die Zukunft der Flüsse zu beraten. Schließlich geht es darum, welchen Lebensraum wir nachfolgenden Generationen hinterlassen!

Die Verbund AG ist aufgerufen, ihre Verantwortung gegenüber unserer Natur wahrzunehmen!